



Wir sind ein Teil dieser Gesellschaft und daher haben wir Mitspracherecht

Interview mit zwei Mitgliedern von “Jugendliche ohne Grenzen, Brandenburg”

Lejla, L.

Mein Name ist Lejla, ich bin 21 Jahre alt. Ich komme aus Bosnien-Herzegowina und bin seit Anfang 1994 in Deutschland, also seit dem Bürgerkrieg in Bosnien. Ich habe Abitur gemacht, in Berlin Schöneberg.

Frage: Du lebst doch eigentlich in Potsdam und hast in Schöneberg Abitur gemacht?

L.: Das ist eine etwas längere Geschichte. Ich habe vorher in Berlin Schöneberg gewohnt. In der zwölften Klasse sollte ich abgeschoben werden. Ich habe die ganze Abschiebeprozedur mitgemacht, ich war also schon am Flughafen und in letzter Sekunde kam dann ein Anwalt und ich hab einen Asylantrag gestellt. Durch diesen Asylantrag kam ich dann nach Eisenhüttenstadt. In dem Asylheim Eisenhüttenstadt habe ich mich am falschen Ort gefühlt, weil ich der einzige Ausländer war der halt deutsch sprechen konnte, die Behörden und alle haben sich total gewundert. Dann bin ich nach Potsdam umverteilt worden, und jetzt lebe ich seit ungefähr drei Jahren in Potsdam. Deshalb habe ich mein Abitur immer noch weiter in Berlin Schöneberg machen dürfen. Ich habe viel in der Schule gefehlt, aber so ist das gelaufen. Nach dem Abitur war also mein erster Plan zu studieren. Das durfte ich aber nicht, dann habe ich versucht eine Stelle, einen Job zu finden. Wenn ich eine Stelle gefunden hatte, machte mir das Arbeitsamt Probleme, das ist total kompliziert, man wartet bis zu sechs Wochen, oder auch länger, und ich hab kaum einen Arbeitgeber gefunden, der so lange wartet, und so hat auch das nicht geklappt.

F: Kannst du noch etwas zu Deinem Studienwunsch sagen?

L.: Ich hatte vor BWL zu studieren, wie jeder. Weil ich irgend-

wie den Traum habe, irgendwann selbstständig zu werden, und ein Unternehmen zu gründen. Aber das ist unrealistisch. Es war einfach so ein Traum, wo ich gedacht habe, mit BWL kann man überall einen Job finden. Wie gesagt geht das nicht.

Dann habe ich versucht einen Ausbildungsplatz zu finden. Ich habe auch einen gefunden, als Rechtsanwaltsfachangestellte. Da habe ich eine Stelle gefunden und der Anwalt ist total nett gewesen und hat auch gesagt, ich stehe dazu und ich werde dich auf jeden Fall nehmen. Diese Bereitschaft war sozusagen der erste Schritt, dass ich das überhaupt anmelden konnte. Natürlich ist es nicht erlaubt worden.

F: Wer hat das nicht erlaubt?

L.: Die Ausländerbehörde. Ich habe einen Antrag gestellt. Das ist eine betriebliche Ausbildung, eine betriebliche Ausbildung darf ich nicht machen, weil ich vom Arbeitsamt eine Genehmigung brauche, die mir dann gestattet, diese Stelle anzunehmen. Das hat nicht geklappt, und ich habe eine Ablehnung auch schriftlich bekommen. Ich habe dann einen Widerspruch gemacht, aber auch das hat nicht funktioniert. Jetzt mache ich eine Klage dagegen.

F: Kannst Du noch etwas zu deiner Familie sagen?

L.: Ich habe noch zwei jüngere Geschwister. Beide gehen auf das Gymnasium, auf die gleiche Schule wie ich gegangen bin. Weil die Schule in Berlin ist, brauchen auch sie immer einen Urlaubsschein, wegen der Residenzpflicht. Aber sie bekommen jetzt glücklicherweise Urlaubsscheine für sechs Monate. Ich habe die früher immer nur jeden Monat bekommen. Das ist einfach Bürokratie, es besteht die Möglichkeit das zu bekommen, das ist leicht, es ist nur eine Unterschrift und ein **37**



Stempel. Es wird nur verlangt dass wir ständig um Erlaubnis fragen.

F: Wie ist Euer aktueller Status?

L.: Wir sind jetzt im Asylverfahren, immer noch, also seit drei Jahren, seitdem wir in Potsdam sind. In Berlin hatten wir keinen Asylantrag gestellt, dort waren wir als Kriegsflüchtlinge, erst durch diese Abschiebung haben wir einen Asylantrag gestellt, und haben jetzt diese Aufenthaltsgestattung für das Asylverfahren bekommen. Das Bundesamt hat den Antrag schon abgelehnt, und wir klagen dagegen.

Amina, A.

Mein Name ist Amina. Ich bin 22 Jahre alt und komme ursprünglich aus Afghanistan. Ich lebe mit meiner Familie seit 1995 hier in Deutschland, in Neuruppin. Nach Deutschland sind wir geflüchtet aus politischen Gründen, mein Vater war Fernsehjournalist bei Radio Afghanistan, meine Mutter war Juristin im Außenministerium, dazu war sie stellvertretende Vorsitzende der Frauenorganisation. Unser Asylverfahren läuft schon seit zehn Jahren. Ich bin mit elf Jahren hier in Deutschland eingeschult worden, habe dann meine Schulpflicht erfüllt und anschließend mein Abitur absolviert. Ich strebe schon seit meiner Kindheit an, Medizin zu studieren und Ärztin zu werden. Das ist aber erstens nicht möglich auf Grund meines Status, weil in meinem Ausweis ja dieses Studienverbot gekennzeichnet ist, und zweitens auf Grund des ganzen Numerus Clausus. Mein NC für das Medizinstudium reicht leider noch nicht. Ich habe mich aber trotzdem an der ZVS beworben. Ich habe Wartesemester bekommen, und wenn ich eine Erlaubnis für ein Studium hätte, könnte ich nach einer gewissen Zeit studieren.

F: Wie seid ihr dazu gekommen, euch in dieser Gruppe "Jugendliche ohne Grenzen Brandenburg" (JoG) zu treffen?

L.: Wir hatten gehört, dass da jetzt eine Konferenz stattfindet in Karlsruhe. Davor hatten wir uns gar nicht getroffen gehabt, wir Jugendlichen aus Brandenburg. Wir sind dann mitgefahren nach Karlsruhe, und da habe ich dann die wirkliche Gruppe aus Brandenburg erst kennen gelernt. Nach dieser Konferenz in Karlsruhe haben wir gedacht, wir treffen uns weiterhin, und wir versuchen die Lage in Brandenburg zu ändern.

A.: Da hat sich eine Gruppe aus Berlin mit der Kampagne "Hier Geblieben" zusammengetan und ist nach Stuttgart gefahren, um dort parallel zu der Innenministerkonferenz eine

Jugendkonferenz zu gestalten. Unter anderem haben sie Demonstrationen und Aktionen in Stuttgart veranstaltet, was erfolgreich war und viel Aufmerksamkeit durch die Presse bekam. Aufgrund dessen haben sie dann beschlossen, eine Jugendinitiative zu gründen. So wurde "Jugendliche ohne Grenzen" ins Leben gerufen. In erster Linie und kurzfristig haben wir uns zum Ziel gesetzt, uns für eine großzügige Bleiberechtsregelung einzusetzen. Dadurch soll endlich erreicht werden, dass Menschen die jahrelang geduldet werden, eine Zukunftsperspektive haben und endlich etwas aus ihrem Leben machen können, statt ständig isoliert zu sein, ohne die Möglichkeit zu haben, zu arbeiten, zu studieren oder sich frei, ohne Residenzpflicht, zu bewegen.

Wir aus Brandenburg sind ebenso nach Karlsruhe gefahren. Dort war eines unserer gemeinsamen Ziele "Regionalpolitik" zu betreiben, d.h. in den einzelnen Bundesländern müssen Aktionen und Veranstaltungen zum Bleiberecht stattfinden. So hat sich die Gruppe JoG/Brandenburg zusammen gefunden, wo wir zusammen mit den Berlinern Veranstaltungen und Aktionen in Berlin und Brandenburg organisieren.

F: Wie haben Eure Aktionen, die Konferenz, die Demonstrationen und das alles, auf die Innenminister gewirkt?

L.: Mein Eindruck war, dass es nicht so viel gebracht hat. Aber ich denke, dass das auch ein Ansporn ist, dass wir weitermachen. Also ich denke schon, dass die mitbekommen haben, dass da jetzt irgendwie sich etwas tut, dass Leute sich treffen, dass die alle sechs Monate immer größer werden, und ich hoffe dass das irgendwie irgendwann so eine Größe erreicht, dass die auch sagen, wir tun jetzt mal was die fordern.

A.: In Stuttgart und Karlsruhe ist das berühmte "Hier geblieben – Stück" vom Gripstheater zum Thema Bleiberecht vorgeführt worden. Etliche Kinder und andere Jugendliche waren dort, um sich dies anzuschauen. Auch durch die Presseerklärung und die Pressekonferenz von Pro Asyl, wo wir persönlich zu Wort kamen, wurde eine Menge Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Zudem kam dann unsere große Demo. Also man muss sagen, dass die Innenminister nicht von heute auf morgen die Ausländerpolitik ernst nehmen werden. Doch wenn wir immer weiter machen und immer größer werden, dann bin ich überzeugt davon, dass sie nicht weggucken können. Wir sind ein Teil dieser Gesellschaft und von daher haben wir Mitspracherecht.

*Das Gespräch führte Harald Glöde,
Flüchtlingsrat Brandenburg*